

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891**

30.11.1891 (No. 328)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 30. November.

N<sup>o</sup> 328.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1891.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Für den Monat Dezember werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition des. Blts. sowie von allen Postanstalten angenommen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 30. November.

Da in England in nicht mehr allzu ferner Zeit allgemeine Parlamentswahlen stattfinden werden, so legt man dem Ausfall der einzelnen Erjahwahlen neuerdings eine erhöhte Bedeutung bei. In den letzten Tagen ist eine Erjahwahl in East Dorset vorgenommen worden, bei welcher die Konservativen das in ihrem Besitz befindliche Mandat gegen die Gladstoneaner verteidigen mußten. Es ist der Regierungspartei auch gelungen, den Wahlbezirk zu behaupten, denn der konservative Kandidat Burt wurde nach einer heute vorliegenden telegraphischen Nachricht mit einer Mehrheit von 347 Stimmen gewählt. Die heftige Agitation der oppositionellen Partei hat also einen praktischen Erfolg nicht davongetragen. Indessen werden die oppositionellen Blätter nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die konservative Mehrheit in East Dorset sich seit der letzten Parlamentswahl um die Hälfte verringert hat. Es ist dies eine in der That sehr bemerkenswerte Erscheinung, die von den englischen Regierungsparteien nicht außer Acht gelassen werden darf. Nur ist sie in einer anderen Hinsicht bemerkenswerth, als die Gladstone'sche Presse es wahrscheinlich hinzustellen versucht wird. Das Wahlergebnis in East Dorset bedeutet nicht, daß in der Wählerschaft Englands sich ein Umschlag der Stimmung gegenüber dem Ministerium Salisbury vollzogen hätte; die auswärtige Politik Lord Salisbury's begegnet in der öffentlichen Meinung einer fast ungetheilten Billigung, und wenn naturgemäß die innere Politik einer Regierung niemals auf so allgemeine Billigung rechnen kann wie die Führung der äußeren Angelegenheiten, so ist es doch unzweifelhaft, daß die große Mehrzahl der Regierungspartei auch auf innerpolitischen Gebieten die Zustimmung der englischen Wählerschaft für sich hat. Davon braucht man die Maßregeln des Ministeriums Salisbury in Bezug auf Irland nicht auszunehmen; die irische Politik der Regierung hat den unzweifelhaften Erfolg für sich, daß die Zustände auf der grünen Insel sich wieder mehr den gesetzlichen und normalen Verhältnissen genähert haben, und es fällt auch schwer zu Gunsten der Regierungspolitik in's Gewicht, daß Barnell in seiner letzten Lebenszeit eine entschiedene Schwankung nach der Seite des Kabinetts Salisbury hin vollzogen hat. Die englische Nation würde es sich heute mehr als je überlegen, ob sie die unzweifelhafte Besserung der irischen Verhältnisse zu Gunsten eines politisch so gewagten Experimentes, wie es Gladstone's Home-Rule-Plan ist, auf das Spiel setzen sollte. Aber gerade bei der Wahl in East Dorset tritt besonders augenfällig ein Umstand zu Tage, der im Hinblick auf die heranabenden allgemeinen Parlamentswahlen von besonderer Bedeutung ist, und das ist der vermehrte Einfluß der ländlichen Wähler für das Wahlergebnis. Wir haben schon in der letzten Freiheitsnummer der „Karlsruher Zeitung“ bemerkt, daß auf die Stimmen der ländlichen Wähler bei den nächsten allgemeinen Wahlen in England besonders viel ankommen wird. Das wissen die Gladstoneaner, die überhaupt in der Taktik der Konservativen überlegen sind, sehr wohl, und sie haben mit dem richtigen taktischen Gespür gerade die ländlichen Arbeiter gegen die Regierung einzunehmen versucht; den ländlichen Arbeitern wurde eingeredet, daß ihre Interessen von dem Ministerium Salisbury zu Gunsten anderer politischer Fragen vernachlässigt würden. In den wirtschaftlichen Verhältnissen der Grafschaft Dorset liegt es begründet, daß diese oppositionelle Agitation hier einen sehr empfänglichen Boden fand. Die Grafschaft Dorset lebt vorzugsweise vom Ackerbau und von der Viehzucht, während die Industrie sehr unbedeutend ist. Insbesondere gilt das von Ost-Dorset, denn während der Norden und Westen der Grafschaft hügelig sind, bildet der Osten eine fruchtbare Ebene, in welcher dank dem milden Klima die Feldarbeit eine außerordentlich lohnende ist. Aber die regierungsfreundlichen Parteien in England haben von den Gladstoneanern gelernt und die Jahresversammlung, die der nationale Verband der konservativen Vereine von Großbritannien soeben in Birmingham abgehalten hat, lieferte den Beweis dafür, daß auch die konservative Partei die Bedeutung der ländlichen Arbeiter für die Wahlen würdigt. Lord Salisbury hat in seiner Rede im Stadthaus zu Birmingham, am 24. November, nachdrücklich betont, daß die Regierung darauf bedacht sei, die Zahl der kleinen Grundbesitzer zu erhöhen; sie be-

günstige die Vermehrung der kleinen ländlichen Besitzes selbst auf Kosten des Staates. Wenn nun auch diese Erklärung des englischen Premiers kaum noch einen besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis in East Dorset ausüben konnte, so dürfte es der Regierung und ihren Anhängern im Parlamente doch gelingen, die ländlichen Arbeiter zu überzeugen, daß deren Interessen bei einem Ministerium Salisbury in eben so guten Händen sind, wie bei einem Ministerium Gladstone.

## Deutschland.

\* Berlin, 29. Nov. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Seine Majestät den König von Dänemark, Höchstwelcher heute Mittag 12 Uhr auf dem mit dänischen und deutschen Wappen und Fahnen festlich geschmückten Bahnhof zu Potsdam eintraf. In der Begleitung des Kaisers befand sich Prinz Friedrich Leopold. Zur Erweiterung der militärischen Ehre war eine Kompagnie des Garde-Jägerbataillons mit Muffik und Fahne auf dem Bahnhof aufgestellt. Bei der Einfahrt des Zuges intonirte die Muffikkapelle die dänische Nationalhymne. Die Begrüßung des Kaisers mit dem König von Dänemark, welcher die Uniform seines thüringischen Manenregiments Nr. 6 trug, war eine äußerst herzliche. Nach der Vorstellung des beiderseitigen Gefolges schritten der Kaiser und der König unter den Klängen des Königs- marsches die Front der Ehrenkompagnie ab und begaben sich dann vor den Bahnhof, wo eine Eskadron Garde-Manen Aufstellung genommen hatte. Die Majestäten bestiegen einen 4spännigen offenen Wagen und fuhren, 1 Zug Manen vor und 1 Zug hinter dem Wagen, unter den brausenden Jubelrufen der zahlreichen Menschenmenge nach dem Stadtschloß. Hier eingetroffen, wurde die im Schloßhof aufgestellte Leibkompagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß beschäftigt und die Muffik spielte den dänischen Königsmarsch, hierauf folgte Parade-marsch der Kompagnie und der Maneneskorte. Der Kaiser und der König begaben sich hierauf in das Innere des Schloßes, wo großer Empfang stattfand. Der Kaiser fehrte nach dem Empfang nach dem Neuen Palais zurück.

Der telegraphische Bericht über die gestrige Sitzung des Reichstags reichte bis zur Rede des Abg. Bebel. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung ist folgendes zu erwähnen: Abg. Frege meinte, der Bundesrath sei beim Etat schon sehr sparsam gewesen, die Mittel zur Erhaltung und Stärkung der Wehrkraft müßten bewilligt werden. Er besprach das Schreiben an der Börse und forderte die Wiederherstellung des Silberwerthes. Bayer (Volkspartei) betonte, nur die Erklärung könne Verhütung gewähren, daß in gewisser Zeit die zweijährige Dienstzeit eingeführt werde. Dedek (Welfe) forderte dazu auf, die Revenuen des Welfenfonds dem rechtmäßigen Eigenthümer auszuliefern. Der Reichszanler v. Caprivi lehnte es ab, auf die Politik bezüglich des Welfenfonds einzugehen, und sagte, er müsse es auch ablehnen, darauf einzugehen, wie die 500 000 M. zu geheimen Ausgaben sich zusammenstellen und wozu sie dienen. Indessen müsse er erklären, daß, wenn dieselben abgelehnt würden, die preussische Regierung nicht in der Lage sei, diejenigen Veränderungen am Welfenfonds vorzunehmen, die sie beabsichtige. Diese Veränderungen sollen durch eine Vorlage im Abgeordnetenhaus geschehen, des Inhalts, daß die Beschlagnahme aufrecht erhalten bleibt und die Verwendung der Zinsen ohne Mitwirkung der Volksvertretung geschehe, jedoch dem Rechnungshof Rechnung gelegt werde und, wie es auch bei den nicht geheimen Ausgaben geschieht, dem Landtag Mittheilung von der Verwendung gemacht werde.

Dem Reichstag ist ein Weißbuch über die Vorgänge in Chile zugegangen. Die sehr umfangreiche Akten-sammlung enthält Schriftstücke vom Ende des Jahres 1890 bis zum Oktober 1891, also bis in die neueste Zeit hinein. Sie umfaßt die Berichte des deutschen Gesandten in Santiago, der Konjulu in Valparaiso und Iquique, den Notenwechsel mit der englischen, französischen und italienischen Regierung über die Ereignisse in Chile und über die Angelegenheit des chilenischen Kriegsschiffes „Presidente Pinto“. Die Ereignisse, auf welche die Berichte sich beziehen, sind bereits bekannt.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Nov. Die Gemahlin des Erzherzogs Heinrich, Baronin Waidek, ist, wie ihr Gatte, gleichfalls an einer Lungenentzündung erkrankt. Die Tochter des Erzherzoglichen Paares, Baroness Waidek, weilt abwechselnd an den Krankenlagern ihrer Eltern. — Die Debatten des österreichischen Abgeordnetenhauses sind nach den bewegten Vorgängen der letzten Tage wieder in ein ruhiges Fahrwasser eingelenkt. Wie in Abgeordnetentreisen verlautet, soll der Reichsrath, der im

Januar nächsten Jahres die Handelsverträge berathet wird, im Februar vertagt werden und erst im Frühjahr wieder zusammentreten, weil die Regierung erst im Frühjahr in der Lage sein werde, die Vorlagen über die Wiener Verkehrsanlagen an das Abgeordnetenhaus zu bringen. Die Pause in den Berathungen des Reichsraths soll für die Landtagsession ausgenützt werden.

## Frankreich.

Paris, 28. Heute Nachmittag fand in der Kapelle in der Rue Aguesseau die Trauerfeierlichkeit für den englischen Botschafter Lord Lytton statt. Die Feier in der Kirche, an der sich nur die amtlichen Persönlichkeiten beteiligten, nahm einen ziemlich einfachen Verlauf, um so imposanter gestaltete sich der Leichenzug nach dem Bahnhofe St. Lazare. Die militärischen Ehrenbezeugungen waren dieselben wie für einen Marschall von Frankreich und wurden von acht Regimentern Infanterie, von Kavallerie und Artillerie erwiesen. Von der Kapelle bis zum Bahnhofe bildeten Truppen Spalier. Der Leichenzug war mit einer Krone geziert, die Schnüre der Decke hielten der deutsche Botschafter Graf Münster, Minister Ribot, Clarette Doucet, der Banquier Blunt und der englische Botschaftsattaché Eggerton. Hinter dem Sarg schritten die Söhne des Verstorbenen, General Brugère als Vertreter des Präsidenten, alle Minister, das diplomatische Corps, General Galliffet und einige andere Generale, viele Senatoren, Deputirte und Schriftsteller. Alles trug große Uniform. Am Bahnhof zogen die Truppen vor dem Sarge vorüber. Als Nachfolger Lyttons wird, wie schon am Samstag erwähnt, der gegenwärtige Botschafter Englands in Rom, Lord Dufferin, genannt. — Der Senat setzte die vorgestern begonnene Einzelberathung des neuen Zolltarifs fort. Nachdem er gestern die Tarife für lebende Thiere und Thierprodukte erledigt hatte, standen heute zunächst die Zollsätze für Thierhäute zur Verhandlung. Ein Antrag, auf Häute einen Zoll von 5 bis 8 Francs zu legen, wurde abgelehnt, nachdem der Berichtstatter der Zollkommission hervorgehoben hatte, die Kommission habe die Zollsätze auf Fleisch erhöht, dagegen die Häute freigelassen, um die auf diesen Artikel angewiesene Industrie nicht zu gefährden. Auch bei den folgenden Paragraphen des Zolltarifs wurden alle Anträge auf Erhöhung des Zolltarifs abgelehnt. — Wie der Ausstand der Grubenarbeiter in Nordfrankreich verlaufen wird, läßt sich noch nicht absehen, da die Hoffnung auf eine schiebsrichterliche Beilegung des Streits zwischen den Grubengesellschaften und den Arbeitern immer geringer wird. Die Grubenarbeiter im Departement Pas de Calais weigern sich sehr entschieden, das von den Gesellschaften vorgeschlagene Schiedsgericht anzunehmen. Unter diesen Umständen würde wohl auch der Spruch des Schiedsgerichts, wenn dasselbe überhaupt in Thätigkeit tritt, kaum eine erhebliche praktische Bedeutung gewinnen. Dem Schiedsgericht fehlt jede Macht, seinem Willen Nachdruck zu geben, und wenn seine Entscheidung zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen sollte, so würden die Streitenden sich wahrscheinlich an den Spruch nicht kehren, sondern im Ausstande beharren. An die Erfüllung des eigentlichen Zweckes eines Schiedsgerichtes, der Verhütung des Ausstandes, kann schon deshalb gar nicht gedacht werden, weil der Ausstand als eine gegebene Thatsache vorhanden ist und durch die zeitraubenden Vorverhandlungen über das Schiedsgericht nur in die Länge gezogen wird. — Die Affaire des Erzbischofs von Aix bietet den Pariser Blättern noch immer ergiebigen Stoff zu Erörterungen. Der Erzbischof selbst sorgt dafür, daß sein Prozeß nicht in Vergessenheit geräth, denn er hat eine Broschüre veröffentlicht, in der er die an ihn gerichteten Zuschriften von Bischöfen, Vereinen und Gesellschaften, auch von verbotenen Gesellschaften wie der „Patriotenliga“ veröffentlicht und sein Verhalten nach dem Prozeße darlegt. In Regierungskreisen hat diese neue Kundgebung des Erzbischofs einen üblen Eindruck gemacht und die republikanischen Zeitungen äußern sich in den schärfsten Worten über die Hartnäckigkeit des Kirchenfürsten. Der „Temps“ bemerkt, es bedürfte nicht vieler solcher Fälle, um eine Lage herbeizuführen, zu der die Kirche sich nicht beglückwünschen werde. Es handle sich darum, zu erfahren, ob der Vatikan das Verhalten des Erzbischofs billige; bis jetzt sei von Rom auf die Depesche des Erzbischofs, die seine Verurtheilung anzeigt, noch keine Antwort eingetroffen. Die „Liberté“ fürchtet, daß der religiöse Streit von neuem ausbrechen werde. „Paris“, das Blatt Rancs, und andere republikanische Blätter fordern, daß „angesichts dieser Vorgänge das Gesetz streng angewandt oder das Konkordat gekündigt werde. Der protestantische Pfarrer Dide wird die Angelegenheit im Senat zur Sprache bringen und die radikale Linke will in der Kammer interpelliren. Segen den „Figaro“,

